

Sapperlot

Erholsame Ferien!

Offener Brief als Replik auf das «Sapperlot» von Daniel Bargetze vom 13. Januar im «Liechtensteiner Vaterland»

Lieber Daniel
Das Ministerium für Gesellschaft scheint mittlerweile so prominent zu sein, dass sich die Lokalpresse sogar schon für die Ferienpläne der Mitarbeiter interessiert. Das ehrt uns sehr! Wir sind ein kleiner Laden: 520 Stellenprozent aufgeteilt auf 6 Personen, ohne meine Wenigkeit, inklusive Sekretariat. Wir haben in den letzten vier Jahren einiges bewegt. Wir haben die Arbeiten bewältigt, welche mit der AHV-Revision, der KVG-Revision und dem Referendum dazu verbunden waren. Zusätzlich haben wir noch viele andere Aufgaben erledigt aus den Bereichen Gesundheit, Soziales sowie Familie und Chancengleichheit. Neben der Arbeit an Gesetzen und Verordnungen hat uns auch die Öffentlichkeitsarbeit sehr beschäftigt. Die Arbeit im Ministerium hat aber auch eine politische Komponente. Wie sich jetzt vor den Wahlen zeigt, wird öffentlich erörtert, wann und wo die Ferien verbracht werden. Du forderst, dass ich mein Ministerium konsequent führen soll. Das mache ich unter anderem, indem ich allen ihre wohlverdienten Ferien gönne, damit sie bei der Arbeit wieder vollen Einsatz leisten zum Wohle unseres Landes. So möchte ich mich bei meinen Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen im Ministerium herzlich bedanken für ihren grossen Einsatz und ihre hervorragende Arbeit in den letzten vier Jahren. Ich hoffe, dass sie von mir vor allem eines gelernt haben: Öffentliche Angriffe nicht allzu ernst zu nehmen und sich auf die Arbeit zu konzentrieren.

Mauro Pedrazzini, Regierungsrat

«Es ist die Aufgabe der Regierung, den Willen des Volks umzusetzen»

Tarifstreit Die Regierung ist nicht bereit, weitere Gespräche mit der Ärztekammer zu führen. Nun wird das Problem auf Verordnungs- bzw. Gesetzesebene gelöst, sagt Regierungschef Adrian Hasler im Interview.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Herr Regierungschef, Sie haben weitere Schritte angekündigt. Wie genau sehen diese aus?
Adrian Hasler: Es ist vorgesehen, die Verordnung so anzupassen, dass die Rechnungsstellung mit Tarmed erfolgt. Zudem ist eine Anpassung des Gesetzes in Arbeit, um die erkannten Mängel zu beseitigen. Neben der Rechnungsstellung betrifft dies unter anderem auch die Tatsache, dass die Ärztekammer heute die Besetzung von Stellen blockieren kann. Beispielsweise kann derzeit die ausgeschriebene Stelle in der Gynäkologie aus diesem Grund nicht besetzt werden.

Bis wann können die Patienten eine Lösung in dem Konflikt erwarten?
Wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen. Auch die Ärzte haben sich an Gesetze und Verordnungen zu halten.

Was sollen die Patienten bis dahin mit den Arztrechnungen tun?
Falls der Arzt die Rechnung dem Patienten nach der Behandlung aushändigen will, empfehle ich, diese Rechnung nicht anzunehmen. Ich empfehle den Patienten, den Arzt

aufzufordern, die Rechnung nach Tarmed auszustellen und direkt an die Krankenkasse zu senden.

Wird die Verordnung dennoch im Sinne der Ärzteschaft angepasst, nachdem der Deal geplatzt ist? Oder gilt jetzt jene Fassung, welche die Regierung Ende Dezember beschlossen hat?

Aktuell gilt die von der Regierung im Dezember beschlossene Verordnung. Die Artikel bezüglich der Bedarfsplanung werden nun nicht angepasst. Der Deal ist geplatzt, weil der Vorstand der Ärztekammer nicht bereit war, den Mitgliedern zu empfehlen, per sofort nach Tarmed abzurechnen. Die Entwicklung der letzten Wochen zeigt sehr deutlich, dass sich die Regierung um eine Lösung bemüht hat, der Vorstand der Ärztekammer aber kein Entgegenkommen zeigen will. Eine weitere Verzögerung betreffend die Anwendung des Tarmed kann und will ich nicht tolerieren. Es ist die Aufgabe der Regierung, den Willen des Landtags und des Volks umzusetzen.

Im «Vaterland» hiess es, Sie hätten die Nerven verloren. Warum haben Sie auf der Zielgeraden die Gespräche abgebrochen?
Ich habe keinesfalls die Nerven verloren. Auch weitere Punkte in der Berichterstattung des «Vaterlands» entsprechen nicht den Tatsachen, aber dies bin ich ja bereits gewohnt. Zum Abbruch der Gespräche: Ich habe der Ärztekammer das Angebot gemacht, die beiden Artikel der Verordnung zu streichen, sofern die Ärzte unverzüglich nach Tarmed abrechnen. In der Aussprache vom 10. Januar haben wir die verschiede-

nen Anliegen nochmals besprochen und kamen zum Schluss, dass durch punktuelle Ergänzungen in der Verordnung den Anliegen der Regierung und der Ärztekammer Rechnung getragen werden kann. Die Regierung war bereit dazu, jedoch unter der Voraussetzung, dass der Vorstand der Ärztekammer den Mitgliedern empfiehlt, unverzüglich auf die Abrechnung nach Tarmed umzustellen. Diese Empfehlung des Vorstandes an die Mitglieder wäre ein klares Zeichen gewesen und hätte dazu geführt, dass die Ärzte rasch auf Tarmed umgestellt hätten. Damit wären den Patienten ohne weitere Verzögerung unnötige Schikanen und Unsicherheiten erspart worden. Leider war der Vorstand der Ärztekammer nicht zu diesem Schritt bereit und hat damit das Scheitern der Gespräche verursacht.

Wie erklären Sie sich das Verhalten der Ärztekammer?
Dieses Verhalten kann ich mir nicht erklären. Ich habe am Donnerstag mit dem Geschäftsführer der Ärztekammer telefoniert. Die Präsidentin war zu diesem Zeitpunkt nicht zu sprechen. Der Geschäftsführer hat mir die Rückmeldung gegeben, dass der Vorstand der Ärztekammer die Anpassung der Verordnung zwar begrüsst, aber nicht bereit sei, die Empfehlung an die Mitglieder abzugeben, unver-

Adrian Hasler: «Es kann doch nicht sein, dass die Regierung ihren Teil des Deals erfüllt – der Vorstand der Ärztekammer ihren aber nicht.» (Foto: Paul Trummer)

züglich mit dem Tarmed abzurechnen. Aufgrund dieser Rückmeldung haben wir festgehalten, dass somit die Gespräche gescheitert sind. Dem Vorstand der Ärztekammer war klar, dass der Deal nur zustande kommt, wenn der Vorstand der Ärztekammer auch seinen Teil erfüllt. Dies wollte der Vorstand der Ärztekammer partout nicht. Es kann doch nicht sein, dass nur die Regierung ihren Teil des Deals erfüllt, der Vorstand der Ärztekammer aber nicht. Mit dieser Haltung war klar, dass kein Deal zustande kommt.



Chronologie

Tarifstreit in 10 Akten

- August 2016**
Ärztekammer und Krankenkassenverband werden vom Ministerium für Gesellschaft eingeladen, zum Entwurf der Verordnung zum Krankenversicherungsgesetz (KVV) Stellung zu nehmen.
- 21. November 2016**
Die Ärztekammer kritisiert in ihrer Stellungnahme zwei Artikel in der Verordnung.
- 5. Dezember 2016**
Das Gesundheitsministerium nimmt verschiedene Punkte der Ärztekammer in Verordnungsentwurf auf.
- 13. Dezember 2016**
Die Ärztekammer macht den Beschluss der

- Planarversammlung vom November (!) öffentlich: Der Tarifvertrag und alle OKP-Verträge seien per 1.1.2017 hinfällig. Die Ärzte rechnen weiter nach dem FL-Tarif ab und überreichen die Arztrechnung direkt nach der Behandlung den Patienten. Die Kommunikation der Ärztekammer erfolgt, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Verordnung von der Regierung noch gar nicht beschlossen wurde.
- 15. Dezember 2016**
Gespräch zwischen Regierungschef und Gesundheitsminister mit dem Vorstand der Ärztekammer.
Ziel: Konflikt lösen und Einigung erzielen
Diskussionsgegenstand: Verordnung zum KVG
Unverhandelbar: KVG, Tarmed und Taxpunktwert
Ergebnis: Der Vorstand der Ärztekammer teilt der Regierung mit, dass auch eine Anpassung der Verordnung sie nicht dazu bewegen werde, den Beschluss der Planarversammlung aufzuhe-

- ben. Die Würde der Ärzte sei verletzt und diese sei erst wieder herzustellen.
- 22. Dezember 2016**
Regierung beschliesst die Verordnung und berücksichtigt dabei die Anliegen der Ärztekammer. Die von der Ärztekammer kritisierten Punkte werden eliminiert, ohne jedoch das KVG, den Tarmed, den Taxpunktwert oder die Bedarfsplanung zu untergraben.
- 1. Januar 2017**
Das KVG tritt gemäss Volksentscheid in Kraft. Der Tarmed gilt damit für Vergütung aller ambulanten ärztlichen Leistungen im Rahmen der obligatorischen Krankenversicherung.
- 6. Januar 2017**
Der Regierungschef bietet an, die beiden von der Ärztekammer kritisierten Artikel in der Verordnung zu streichen, sofern die Ärzte unverzüglich nach Tarmed abrechnen.

- Die Präsidentin der Ärztekammer äussert sich sehr erfreut über dieses Angebot. Sie fordert jedoch «Negativkriterien» in der Verordnung. Dies kommt für die Regierung keinesfalls in Frage. Der Regierungschef telefoniert mit der Präsidentin der Ärztekammer zwecks Terminvereinbarung.
- 10. Januar 2017**
Aussprache zwischen Regierungschef und Gesundheitsminister mit dem Vorstand der Ärztekammer: Die Diskussion zeigt, dass aus Sicht der Ärztekammer die Streichung der beiden Artikel der Verordnung nicht erforderlich ist. Erneut kommt die Forderung, Negativkriterien in die Verordnung aufzunehmen. Dies wird von der Regierung erneut klar abgelehnt.
Vorschlag der Regierung: Die Verordnung wird punktuell ergänzt, um die Absicht des Gesetzgebers deutlicher zur Geltung zu bringen, dies jedoch unter der Bedingung, dass der Vorstand der Ärztekammer den Ärzten empfiehlt, unverzüglich auf die Abrechnung in Tarmed umzustel-

- len. Die Ärztekammer sagt zu, ihre Mitglieder wegen des Vorschlags der Regierung zu konsultieren und innerhalb von 24 Stunden eine Rückmeldung zu geben.
- 11. Januar 2017**
Es folgen mehrere Telefongespräche zwischen Regierungschef und Mitgliedern des Vorstands sowie dem Geschäftsführer der Ärztekammer. Es zeigt sich, dass betreffend Verordnung eine Einigung erzielt werden könnte. Der Erfolg scheiterte jedoch an der Weigerung des Vorstandes der Ärztekammer, ihren Mitgliedern die sofortige Abrechnung mit Tarmed zu empfehlen. Dieses Zeichen des guten Willens braucht der Regierungschef, um das Ziel zu erreichen, den Patientinnen und Patienten ohne weitere Verzögerung unnötige Schikanen und Unsicherheiten zu ersparen. (dq)

www.volksblatt.li

ANZEIGE

Jahrestreffen der FBP Senioren

Donnerstag, 2. Februar 2017 (Mariä Lichtmess)
SAL, Schaan (kleiner Saal)

14.30 Uhr Türöffnung, 15 Uhr Beginn
Offizieller Teil bis 16.15 Uhr, 18 Uhr Ende der Veranstaltung

Um Anmeldung wird bis zum 31. Januar 2017 gebeten
Telefon +423 237 79 40 oder info@fbp.li

www.fbp.li



Referat «Versammlungsorte der Volksvertretung»
von Dr. Alois Ospelt, Historiker und ehemaliger Regierungsrat

Anschliessend: Musikalische Einlage der Seniorenmusik

Für das leibliche Wohl ist gesorgt

FBP

Viel erreicht. Viel vor.